

# Amtsblatt

für den

# Landkreis Hannover

JAHRGANG 1981

HANNOVER, DEN 23. APRIL 1981

NR. 17

## INHALT

## SEITE

### A) SATZUNGEN, VERORDNUNGEN UND BEKANNTMACHUNGEN DES LANDKREISES HANNOVER

---

### B) SATZUNGEN UND BEKANNTMACHUNGEN DER STÄDTE UND GEMEINDEN

#### 1. Stadt Garbsen

- 1.) Bebauungsplan 21/6A (Koppelweg/Auf der Brokel), Stadtteil Osterwald u.E. 168  
2.) Bebauungsplan 9/2 (südlich Leineufer/nördlich Husarenstraße), Stadtteil Stelingen  
3.) Satzung 8/1 - südlich Bordenauer Straße - nach § 34 (2) BBauG, Stadtteil Frielingen

#### 2. Stadt Gehrden

- Bauleitplanung der Stadt Gehrden 169  
hier: II. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 14 Gehrden

#### 3. Gemeinde Hemmingen

2. Satzung zur Änderung der Hundesteuersatzung der Gemeinde Hemmingen 169  
Vierte Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Beiträgen  
und Gebühren für die Entwässerung der Gemeinde Hemmingen 169  
(Entwässerungsabgabensatzung)

#### 4. Stadt Laatzen

- Erste Nachtragshaushaltssatzung der Stadt Laatzen für das Haushaltsjahr 1981 170

#### 5. Stadt Neustadt a. Rbge.

- Haus- und Badeordnung für das Hallenbad der Stadt Neustadt a. Rbge. 171

#### 6. Stadt Pattensen

- 60 Bebauungsplan Nr. 203 A „Zum Süsterhof“, OT Schulenburg 172  
der Stadt Pattensen, Landkreis Hannover

#### 7. Stadt Ronnenberg

- Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren 174  
für die Kindergärten der Gemeinde (jetzt Stadt) Ronnenberg  
vom 13. November 1975 (Erste Änderung)

### C) SONSTIGE BEKANNTMACHUNGEN

---



## 9. Verhalten im Bad

9.1 Die Badegäste haben alles zu unterlassen, was gegen die guten Sitten verstößt und der Aufrechterhaltung der Sicherheit, Ruhe und Ordnung zuwiderläuft.

9.2 Nicht gestattet ist:

Lärmen, Johlen und Pfeifen,

der Betrieb von Rundfunkgeräten, Plattenspielen oder anderen Musikinstrumenten,

die Benutzung eigener Elektrogeräte,

Rauchen in sämtlichen Räumen (außer in dem Erfrischungsraum),

Genuß von Alkohol (außer in dem Erfrischungsraum),

Spucken auf den Boden oder in das Badewasser,

Genuß von Kaugummi innerhalb des Badebereiches,

Wegwerfen von Gegenständen aller Art,

Mitbringen von Tieren.

9.3 Untersagt ist ferner:

Andere unterzutauchen oder in das Schwimmbecken zu stoßen,

Tauchen nach Gegenständen, ausgenommen zu Lehrgangszwecken,

vom Beckenrand in die Badebecken zu springen,

Badegäste in irgendeiner Weise zu belästigen,

Schwimmflossen, Tauchbrillen u.ä. zu verwenden, ausgenommen zu Lehrzwecken,

Ball- und Ringspiele jeder Art, ausgenommen Wasserballspiele geschlossener Gruppen.

9.4 Nichtschwimmer dürfen nur den für sie bestimmten Teil des Badebereiches benutzen.

## 10. Aufsicht

10.1 Das Badepersonal ist berechtigt und verpflichtet, die Einhaltung der Haus- und Badeordnung zu überwachen. Der Schwimmmeister ist befugt, Personen, die trotz Ermahnung gegen die Bestimmungen der Haus- und Badeordnung verstoßen, aus dem Hallenbad zu verweisen. Den vorstehend genannten Personen kann der Zutritt zum Hallenbad zeitweise oder dauernd untersagt werden. Im Falle der Verweisung aus dem Bad wird der Badepreis nicht erstattet. Widersetzungen ziehen Strafanzeige wegen Hausfriedensbruchs nach sich.

10.2 Wünsche und Beschwerden sind an die Stadtverwaltung zu richten, sofern sie nicht schon

unmittelbar vom Aufsichtspersonal behoben werden können.

## 11. Haftung

11.1 Das Betreten des Hallenbades sowie das Benutzen der Badeeinrichtungen geschieht auf eigene Gefahr der Badegäste. Bei Unfällen haftet die Stadt nur, wenn ihr hinsichtlich der Beschaffenheit der Anlagen und Einrichtungen oder des Verhaltens ihres Personals Vorsatz oder grobe Fahrlässigkeit nachgewiesen werden kann.

11.2 Die Benutzung des Sprungturmes geschieht auf eigene Gefahr und ist nur zu den vom Schwimmmeister freigegebenen Zeiten gestattet. Für Unfälle, die sich bei der Benutzung des Sprungturmes ereignen, haftet die Stadt nur, wenn dem Badepersonal Vorsatz oder grobe Fahrlässigkeit nachgewiesen werden kann.

11.3 Die Stadt haftet nicht für den Verlust oder die Beschädigung von Geld, Wertsachen und Bekleidungsstücken. Sie haftet auch nicht für die Beschädigung oder den Diebstahl von Kraftfahrzeugen, Kleinkraftträdern und Fahrrädern, die vor dem Hallenbad abgestellt sind.

11.4 Unfälle sind unverzüglich dem Schwimmmeister zu melden. Schadenersatzansprüche können nur bei der Stadtverwaltung geltend gemacht werden.

11.5 Beim Verlust eines Schrankschlüssels für das Hallenbad erhebt die Stadt einen Betrag in Höhe der Wiederbeschaffungskosten.

## 12. Fundgegenstände

Gegenstände, die im Hallenbad gefunden werden, sind beim Schwimmmeister abzugeben. Mit den Fundgegenständen wird nach den gesetzlichen Bestimmungen verfahren (§§ 965 bis 984 des BGB).

## 13. Inkrafttreten

Die Haus- und Badeordnung tritt am Tage nach ihrer Bekanntmachung im Amtsblatt für den Landkreis Hannover in Kraft.

Neustadt a. Rbge., den 5. März 1981

Temps		Rohde
Der Bürgermeister	L.S.	Der Stadtdirektor

## 6. Stadt Pattensen

Bebauungsplan Nr. 203 A „Zum Süsterhof“, OT Schulenburg der Stadt Pattensen, Landkreis Hannover

Gem. § 12 des Bundesbaugesetzes wird hiermit öffentlich bekanntgemacht, daß der Bebauungsplan Nr. 203 A „Zum Süsterhof“, Ortsteil Schulenburg der Stadt Pattensen, durch die Bezirksregierung Hannover mit Verfügung vom 15.12.1980 - Az.: 309.5-21102.2-203 A-53/80 mit der Maßgabe genehmigt wurde, die Kosten- und Finanzierungsübersicht (Anl. 1 des



Berichts vom 25.8.80) sowie die dringenden Gründe gem. § 8 Abs. 4 BBauG (Anl. 2 des Berichts vom 10.12.80) in die Begründung zu übernehmen. Der Rat der Stadt Pattensen ist in seiner Sitzung vom 19.3. 1981 durch Beschluß dieser Maßgabe beigetreten. Der Bebauungsplan wird begrenzt:

**Im Norden:** Nordgrenze des Milchweges, beginnend im Westen an der Ostgrenze der im Norden liegenden Parzelle 19 bis zur Ostgrenze der im Süden liegenden Parzelle 328,

**Im Osten:** Ostgrenze der Parzelle 328 im Norden, beginnend alsdann nach Osten verspringend zur Ostgrenze der Parzelle 320/25 und weiterlaufend über die Straße „Kurze Reihe“ entlang der Ostgrenze der Parzelle 593/320 bis zur Südwestecke der Parzelle 320/27, alsdann nach Osten verspringend bis zur Nordostecke der Parzelle 335/17, alsdann nach Süden verspringend entlang der Ostgrenze der Parzelle 325/17 bis zu einer Tiefe von 6 m, alsdann nach Westen verspringend bis an die Westgrenze der Parzelle 335/17. Die Grenze verläuft alsdann weiter nach Süden entlang der Westgrenze der Parzelle 335/17 bis zur Südostecke der Parzelle 593/320,

**Im Süden:** Im Süden beginnend an der Südostecke der Parzelle 593/320, nach Westen verlaufend bis zur Südwestgrenze der Parzelle 330/2,

**Im Westen:** Im Westen beginnend an der Südwestecke der Parzelle 330/2, alsdann nach Norden verlaufend, entlang der Westgrenze der Parzellen 330/2, 784, 783, 782, 781, 780, 779, 778, 777, 776, 775, 774, 773, 765, 764, 763, 762, 761, 760, 759 bis zur Nordostecke der Parzelle 331, alsdann nach Westen, entlang der Nordgrenze der Parzelle 331 bis in Höhe der im Norden liegenden Ostgrenze der Parzelle 19.

Von hier aus verspringt die Grenze in nördlicher Richtung über den Milchweg bis zur Südostecke der Parzelle 19.

Der genehmigte Bebauungsplan 203 A „Zum Süsterhof“ liegt mit Begründung im Nebengebäude des Rathauses der Stadt Pattensen, Hofstraße 2, Planungsamt, während der Sprechzeiten zu jedermanns Einsicht öffentlich aus.

Der Bebauungsplan Nr. 203 A „Zum Süsterhof“ wird mit dieser Bekanntmachung rechtsverbindlich.

Gem. § 44 c BBauG kann Entschädigung verlangt werden, wenn die im § 39 j BBauG Neufassung (Vertrauensschaden), § 40 BBauG Neufassung (Entschädigung in Geld oder durch Übernahme), § 42 BBauG Neufassung (Entschädigung bei Begründung von Geh-, Fahr- und Leitungsrechten), § 43 BBauG Neufassung (Entschädigung bei Bindungen für Bepflanzungen) und § 44 BBauG Neufassung (Entschädigung bei Änderung oder Aufhebung einer zulässigen Nutzung) bezeichneten Vermögensnachteile eingetreten sind. Die

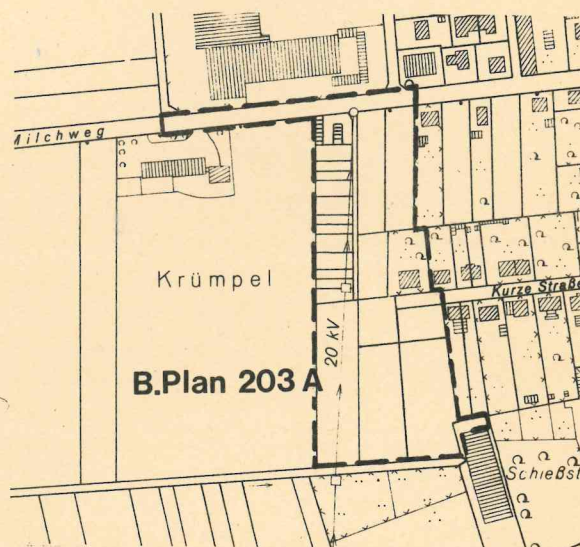
Fälligkeit des Entschädigungsanspruches kann dadurch herbeigeführt werden, daß die Leistung der Entschädigung schriftlich bei dem Entschädigungspflichtigen beantragt wird.

Der Entschädigungsanspruch erlischt, wenn nicht innerhalb von 3 Jahren nach Ablauf des Kalenderjahres, in dem die genannten Vermögensnachteile eingetreten sind, die Fälligkeit des Anspruches herbeigeführt wird.

Eine Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften des Bundesbaugesetzes bei der Aufstellung von Satzungen (Bebauungsplan) nach dem Bundesbaugesetz ist unbeachtlich, wenn sie nicht schriftlich innerhalb eines Jahres seit Bekanntmachung der Satzung gegenüber der Stadt Pattensen geltend gemacht worden ist; der Sachverhalt, der die Verletzung begründen soll, ist darzulegen (§ 155 a des Bundesbaugesetzes in der Fassung des Gesetzes zur Beschleunigung von Verfahren und zur Erleichterung von Investitionsvorhaben im Städtebaurecht). Dieses gilt nicht für die Verletzung von Vorschriften über die Genehmigung und diese Bekanntmachung der Satzung (Bebauungsplan).

Pattensen, den 27. März 1981

STADT PATTENSEN  
Der Stadtdirektor  
In Vertretung  
Wende



Eigentum des Landkreises Hannover.  
Diese Karte ist urheberrechtlich geschützt. Vervielfältigung verboten. Vervielfältigt mit Erlaubnis des Katasteramtes Hannover - A I 15 575/80.